

Philipp Thomé

# Sperrverfügungen gegen Internet Service Provider

Herausforderungen für die zivilrechtliche Intermediärhaftung von  
Internet Service Providern im deutschen Recht unter Berücksichtigung  
der Haftungsregime des englischen und australischen Rechts



**Nomos**

**Schriften zum Medien- und Informationsrecht**

herausgegeben von  
Prof. Dr. Boris P. Paal, M.Jur.

**Band 55**

Philipp Thomé

# Sperrverfügungen gegen Internet Service Provider

Herausforderungen für die zivilrechtliche Intermediärhaftung von  
Internet Service Providern im deutschen Recht unter Berücksichtigung  
der Haftungsregime des englischen und australischen Rechts



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Freiburg, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-8140-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-2568-2 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meiner Mutter*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/21 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Sie ist für die Drucklegung punktuell überarbeitet und aktualisiert worden.

Die Arbeit untersucht die deutsche Umsetzung der unionsrechtlich vorgegebenen Inanspruchnahmemöglichkeit von Internet Service Providern zur Sperrung rechtsverletzender Internetangebote, vergleicht diese mit den englischen und australischen Regelungen und schlägt Lösungen für die identifizierten Probleme vor.

Ganz besonders danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Boris Paal, M.Jur. (Oxford) für die hervorragende Betreuung während des gesamten Promotionsvorhabens mit stets weiterführenden Diskussionen und immer guten Ratschlägen und Ermunterungen, die ich sehr zu schätzen wusste.

Auch möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. iur. Thomas Dreier M.C.J. für die Übernahme und zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie bei Frau Prof. Dr. Sonja Meier LL.M. (London) und Frau Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies für ihr Mitwirken in der Prüfungskommission bedanken.

Von Herzen danken möchte ich meiner Mutter, Frau Birgitta Thomé, die mir die Bedeutung bedingungsloser Liebe beigebracht und mich Zeit ihres Lebens dazu bewegt hat die beste Version meiner selbst zu sein, und meinem Vater, Herrn Dr. Andreas Thomé, für seine unermüdliche Unterstützung in jeder Lebenslage und dafür, dass ich mir kein besseres Vorbild wünschen kann.

Besonderer Dank gilt zudem Franziska Schieber, für ihre wertvollen fachlichen Beiträge, ihren ansteckenden Optimismus gerade in den schwierigsten Phasen meines Promotionsvorhabens und dafür, dass sie unzählige rechtliche Monologe mit viel Geduld und Verständnis hat über sich ergehen lassen.

Danken möchte ich auch Wenzel Steinmetz für die unzähligen spannenden Diskussionen nicht nur zum Thema dieser Arbeit und die gute Gesellschaft während vieler langer Tage in der Bibliothek des Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb.

Mein Dank gilt schließlich der Kanzlei SKW Schwarz und dort insbesondere Herrn Dr. Matthias Orthwein, LL.M. (Boston) und Herrn Martin

*Vorwort*

Schweinoch, die mich während meines gesamten Promotionsvorhabens als Arbeitgeber begleitet und mir diesen nicht immer leichten Spagat mit viel Rücksicht und Umsicht ermöglicht haben.

München, im Februar 2021

Philipp Thomé



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	23
A) Einführung und Problemaufriss	23
B) Ziel der Dissertation und Fragestellungen	26
C) Gang der Darstellung	27
Erstes Kapitel: Technische Grundlagen	29
A) Darstellung der wichtigsten Termini	29
B) Übersicht der technisch möglichen Sperrmaßnahmen	40
I. DNS-Sperre	40
II. IP-Sperre	41
III. URL-Sperre	42
IV. Hybride-Sperre	43
V. Port-Sperren	44
Zweites Kapitel: Sperrverfügungen nach deutschem Recht	46
A) Rechtsgrundlagen für Sperrverfügungen	47
I. Grundrechtliche Vorüberlegungen	49
1. Problemaufriss	49
2. Diskussion	50
a) Wesentlichkeitstheorie	51
b) Grundrechtliche Schutzpflichten	52
3. Zwischenergebnis	53
II. Rechtsgrundlage: Störerhaftung oder § 7 Abs. 4 TMG	54
1. Reichweite der Wirkung von § 8 Abs. 1 S. 2 TMG	54
a) Mindermeinung: Keine Anwendbarkeit der Privilegien der §§ 8-10 TMG auf Störerhaftung	55
b) Herrschende Meinung: Anwendbarkeit der Privilegien der §§ 8-10 TMG auf Störerhaftung	56
c) Stellungnahme	56

*Inhaltsverzeichnis*

2. Drohende Unionsrechtswidrigkeit des deutschen Rechts	59
a) Lösungsansatz 1: Analoge Anwendung von § 7 Abs. 4 TMG	61
b) Lösungsansatz 2: Teleologische Reduktion von § 8 Abs. 1 S. 2 TMG	63
c) Stellungnahme	65
aa) Schwächen einer teleologische Reduktion von § 8 Abs. 1 S. 2 TMG	66
(1) Wille des Gesetzgebers unklar	66
(2) Folgeproblem: Notwendige Modifikation der Störerhaftung	67
bb) Schwächen einer analogen Anwendung von § 7 Abs. 4 TMG	69
(1) Dogmatische Bedenken	69
(2) Ungerechtfertigte Haftungsgleichstellung	72
(3) Verfassungsrechtliche Bedenken	73
(4) Mögliche Unionsrechtswidrigkeit von § 7 Abs. 4 TMG	74
cc) Ergebnis	78
B) Sperrverfügungen nach § 7 Abs. 4 TMG	78
I. Bisherige Rechtsprechung und Literatur zur Störerhaftung	79
II. Tatbestandsvoraussetzungen von § 7 Abs. 4 TMG	80
1. ISPs als Diensteanbieter	80
2. Verletzung eines Rechts auf geistiges Eigentum	83
a) Akzessorietät	83
b) Inanspruchnahme eines Telemediendienstes zur Rechtsverletzung	85
c) Verletzung eines Rechts am geistigen Eigentum	88
aa) Geistiges Eigentum	88
bb) Rechtsverletzung	89
3. Grundsatz der Subsidiarität	90
a) Begründung	90
b) Kritik am Grundsatz der Subsidiarität	91
c) Unionsrechtskonformität des Grundsatzes der Subsidiarität	93
d) Anforderungen an vorherige Inanspruchnahme	96
III. Rechtsfolgen von § 7 Abs. 4 TMG	99
1. Art der Sperrung	99

2. Vereinbarkeit der Sperrmaßnahmen mit Telekommunikationsrecht	101
a) Vereinbarkeit mit dem einfachgesetzlichen Fernmeldegeheimnis des § 88 TKG	102
aa) Anwendbarkeit von § 88 TKG neben der DSGVO	103
bb) Schutzbereich des einfachgesetzlichen Fernmeldegeheimnisses des § 88 TKG	103
cc) Ausschließlicher Schutz von Individualkommunikation	104
dd) Bloße Kommunikationsverhinderung durch Sperrmaßnahmen	108
ee) Zusammenfassung	110
b) Vereinbarkeit mit den datenschutzrechtlichen Vorschriften der §§ 91 ff. TKG	111
aa) Kein Ausschluss der §§ 91 ff. TKG aufgrund teleologischer Betrachtung	111
bb) Anwendbarkeit der §§ 91 ff. TKG neben der DSGVO	113
cc) Erheben und Verwenden personenbezogener Daten	116
dd) Zusammenfassung	118
3. Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit	118
a) Verständnis der Begriffe	118
b) Legitimer Zweck	120
c) Geeignetheit (Wirksamkeit)	121
d) Erforderlichkeit	125
e) Zumutbarkeit / Angemessenheit / Verhältnismäßigkeit i.e.S.	127
aa) Schutzwürdige Interessen der ISPs	129
(1) Grundrechte auf unternehmerische Freiheit und Berufsfreiheit	129
(2) Grundrecht der Meinungsfreiheit	133
(3) Grundrecht der Pressefreiheit	134
(4) Zusammenfassung	136
bb) Schutzwürdige Interessen der Rechteinhaber	136
cc) Schutzwürdige Interessen der Internetnutzer	138
(1) Grundrecht auf Achtung der Kommunikation und Fernmeldegeheimnis	138

*Inhaltsverzeichnis*

(2) Grundrechte auf Schutz personenbezogener Daten und informationelle Selbstbestimmung	139
(3) Recht auf Informationsfreiheit	140
(4) Rechtliches Gehör für die Internetnutzer	144
(a) Anforderungen des EuGH	144
(aa) Eigenständige nachgelagerte Klagemöglichkeit ausreichend	145
(bb) Verfahrensmäßige Beteiligungsmöglichkeit am Verfahren zwischen Rechteinhaber und ISP	145
(cc) Stellungnahme	146
(b) Überblick über die deutschen Möglichkeiten für rechtliches Gehör	148
(aa) Prozessuale Beteiligungsmöglichkeiten	149
(bb) Separate Rechtsdurchsetzung aus Vertrag	151
(cc) Separate Rechtsdurchsetzung aus § 95 b Abs. 2 S. 1 UrhG	152
(5) Zusammenfassung der schutzwürdigen Interessen der Internetnutzer	153
dd) Schutzwürdige Interessen mitbetroffener Betreiber von Internetangeboten	154
ee) Schutzwürdige Interessen der Betreiber der zu sperrenden Internetangebote	156
ff) Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG)	157
gg) Interessenabwägung	158
IV. Rechtsverfolgungskosten	160
Drittes Kapitel: Sperrverfügungen nach dem Recht von England und Wales	162
A) Voraussetzungen für die Ausübung des gerichtlichen Ermessens	162
I. ISPs als Diensteanbieter bzw. Mittelspersonen	164
II. Rechtsverletzung(en) durch Dritte	165
1. Urheberrechtsverletzung(en) durch Dritte	166
a) Urheberrechtlich geschützte Werke nach CDPA	166
aa) Literarische, dramatische und musikalische Werke	166

bb) Künstlerische Werke	167
cc) Tonaufnahmen	168
dd) Filme	168
ee) Übertragungen	169
b) Urheberrechtsverletzung(en) durch die Internetnutzer	169
aa) Rechtswidrige Vervielfältigungshandlungen (section 17 CDPA)	169
(1) Indexierungswebseiten für Filesharing und BitTorrent	170
(2) Streaming-Server	171
bb) Öffentliche Wiedergabe / öffentliche Zugänglichmachung (section 20 CDPA)	172
(1) Indexierungswebseiten für Filesharing und BitTorrent	177
(2) Indexierungswebseiten für Streaming	178
c) Urheberrechtsverletzung(en) durch die Betreiber der Internetangebote	179
aa) Öffentliche Wiedergabe / öffentliches Zugänglichmachen (section 20 CDPA)	179
(1) Indexierungswebseiten für Filesharing und BitTorrent	179
(2) Indexierungswebseiten für Streaming	182
(3) Webseiten für die Popcorn-Time Anwendung	184
(4) Streaming-Server	185
bb) Autorisieren der Rechtsverletzungen Dritter (section 16 Abs. 2 CDPA)	187
(1) Indexierungswebseiten für Filesharing und BitTorrent	188
(a) Art des Verhältnisses	189
(b) Mittel zur Urheberrechtsverletzung	189
(c) Unvermeidlichkeit der Urheberrechtsverletzung	190
(d) Grad an Kontrolle	191
(e) Maßnahmen zur Vermeidung von Verletzungen	191
(2) Indexierungswebseiten für Streaming	192

*Inhaltsverzeichnis*

(3) Webseiten für die Popcorn-Time-Anwendung	192
(a) Haftung wegen Autorisierung der Rechtsverletzungen der Nutzer	193
(b) Haftung wegen Autorisierung der Rechtsverletzungen der Host-Anbieter	194
(4) Streaming-Server	195
cc) Mittäterschaftliche Verantwortlichkeit	195
(1) Indexierungswebseiten für Filesharing und BitTorrent	196
(2) Indexierungswebseiten für Streaming	198
(3) Webseiten für die Popcorn-Time Anwendung	198
(4) Streaming-Server	199
2. Markenrechtsverletzung(en) durch Dritte	199
III. Nutzung der Dienste der ISPs zur Verletzung von Urheberrechten	200
1. Nutzung der Dienste der ISPs durch die Internetnutzer	201
2. Nutzung der Dienste der ISPs durch die Betreiber der Internetangebote	202
IV. Tatsächliche Kenntnis der ISPs	203
1. Bezugspunkt der Kenntnis	204
2. Vermittlung der Kenntnis	207
3. Umfang von Sperrverfügungen	208
B) Ausübung des gerichtlichen Ermessens	208
I. Vergleich der betroffenen Rechte	211
II. Erforderlichkeit	213
1. Vorgehen gegen die Betreiber der Internetangebote	215
2. Entfernung der Internetangebote durch die Host-Provider	215
3. Einfrieren von Zahlungen	217
4. De-Indexierung	217
5. Domainbeschlagnahme	218
6. Zollbeschlagnahme	219
7. Zusammenfassung	220
III. Wirksamkeit	220
IV. Kosten der Sperrverfügungen	224
1. Auffassung des High Court und Court of Appeal	225
2. Auffassung des Supreme Court	226
3. Zusammenfassung	230

V. Abschreckung durch Sperrmaßnahmen.	231
VI. Auswirkungen auf rechtmäßige Internetnutzer	232
1. Legale Inhalte auf dem gesperrten Internetangebot	233
2. Legale Internetangebote unter der gleichen IP-Adresse	234
3. Mitigation durch Anpassung und Befristung („sunset clause“)	235
VII. Ersetzbarkeit der zu sperrenden Internetangebote	235
VIII. Gesamtbeurteilung der Verhältnismäßigkeit	237
IX. Gewähr gegen Missbrauch (safeguard against abuse)	237
Viertes Kapitel: Sperrverfügungen nach australischem Recht	239
A) Voraussetzungen für die Ausübung des gerichtlichen Ermessens	240
I. Bestand des Urheberrechts und Berechtigte	242
II. ISPs als Anspruchsgegner	243
III. Online-Ort	244
IV. Online-Orte außerhalb Australiens	244
V. Ermöglichen des Zugangs zu den Online-Orten durch die ISPs	247
VI. Urheberrechtsverletzungen	248
1. Grundlegende Ausführungen	248
2. Bewertung verschiedener Kategorien von Online-Orten	251
a) Streaming-Online-Orte	252
b) Verlinkende-Online-Orte und Verlinkende-und- durchsuchende-Online-Orte	253
c) P2P-Online-Orte	254
d) Online-Orte für Streaming-Set-Top-Boxen	254
VII. Urheberrechtsverletzender Hauptzweck oder rechtsverletzende Hauptwirkung	256
1. Hauptzweck eines Online-Ortes	256
a) Grundlegende Ausführungen	257
b) Ermittlung des Hauptzwecks im Einzelfall	258
2. Hauptwirkung eines Online-Ortes	260
VIII. Zeitliche Aspekte	261
1. Grundlegende Ausführungen	261
2. Auswirkung im Einzelfall	263
IX. Benachrichtigung der Betreiber rechtsverletzender Internetangebote	264

*Inhaltsverzeichnis*

B) Ermessen	265
I. Schamlosigkeit und allgemeine Missachtung des Urheberrechts	266
II. Verwendung von Verzeichnissen, Indizes oder Kategorien	268
III. Sperrverfügungen in anderen Rechtsordnungen	268
IV. Angemessenheit	269
V. Auswirkungen auf betroffene Personen	270
VI. Einhaltung der Benachrichtigungspflicht nach Section 115A Abs. 4 Copyright Act	271
VII. Verfügbarkeit anderer Rechtsbehelfe	271
VIII. Sonstige Ermessensabwägungen	272
C) Verfügungen	273
I. Verfügung 1 – Befreiung von der Benachrichtigungspflicht	274
II. Verfügungen 2 bis 8 – Verpflichtung zur Sperrung, Umsetzungsanforderungen, Vorhalten einer Hinweisseite	275
III. Verfügung 9 – Wegfall der Sperrpflicht bei Wegfall der Urheberrechtsverletzung	276
IV. Verfügung 10 – Unterbrechung von Sperrmaßnahmen	277
V. Verfügungen 11 und 12 – Änderung, Aufhebung oder Anpassung von Sperrverfügungen	278
VI. Verfügungen 13 bis 17 – Anpassung von Sperrverfügungen an geänderte Domainnamen, IP-Adressen und URLs, Laufzeit und Verlängerung	278
VII. Verfügung 18 – Umsetzungskosten	281
VIII. Verfügung 19 – Anwalts- und Verfahrenskosten	284
 Fünftes Kapitel: Rechtsvergleich – Deutschland, England und Australien	 285
A) Tatbestandsvoraussetzungen	285
I. Verletzung eines umfassten Rechts durch Dritte	285
1. Umfasste Rechte	286
2. Rechtsverletzer	288
3. Rechtsverletzung	290
II. Beitrag der ISPs	292
III. Kenntnis der ISPs von der Rechtsverletzung	293
IV. Umfang von Sperrmaßnahmen	295
V. Grundsatz der Subsidiarität	296
VI. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	297



B) Rechtsfolgenseite	301
I. Grundsätzliches zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	301
II. Geeignetheit / Wirksamkeit	305
III. Erforderlichkeit	308
IV. Zumutbarkeit / Angemessenheit / Verhältnismäßigkeit i.e.S.	309
1. Berücksichtigung der Interessen der Rechteinhaber	309
2. Berücksichtigung der Interessen der ISPs	311
3. Berücksichtigung der Interessen der Internetnutzer und mitbetroffenen Webseitenbetreiber	314
4. Berücksichtigung der Interessen der Betreiber zu sperrender Internetangebote	317
C) Verfahrensrechtliche Überlegungen	319
I. Vorbeugender Rechtsschutz	320
II. Beteiligungsmöglichkeiten während des Verfahrens	321
III. Möglichkeit der nachträglichen Überprüfung und Anpassung von Sperrverfügungen	323
IV. Zeitliche Befristung von Sperrverfügungen	326
Sechstes Kapitel: Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse aus der Gegenüberstellung der Rechtsordnungen	328
A) Materiell-rechtliche Erkenntnisse	328
I. Bedeutung der konkreten Rechtsverletzung	328
II. Subsidiarität als deutscher Sonderweg mit gewissen Parallelen	329
III. Kostentragungslast für Implementierungskosten	330
IV. Berücksichtigung der Interessen der Betreiber von Internetangeboten	330
B) Formell-rechtliche Erkenntnisse	331
I. Vermeidung von Gerichtsentscheidungen durch temporäres Abschalten der Internetangebote	331
II. Interesse an vorbeugendem Rechtsschutz	332
III. Verfahrensrechtliche Beteiligungsmöglichkeit Dritter	333
IV. Dynamisierung von Sperrverfügungen	334
V. Zeitliche Begrenzung von Sperrverfügungen	334
Literaturverzeichnis	337



## Abkürzungsverzeichnis

### *Allgemeinsprachliche Abkürzungen:*

AG	Aktiengesellschaft
Beschl.	Beschluss
Bd.	Band
bspw.	Beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
Cth	Commonwealth
d. h.	das heißt
ders.	Derselbe
EG	Europäische Gemeinschaft
Eg.	Erwägungsgrund
EU	Europäische Union
f.	folgend
ff.	(und) die folgenden
Fn.	Fußnote
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
Hdb.	Handbuch
i. S. d.	im Sinne de(r/s)
i. V. m.	in Verbindung mit
insbes.	insbesondere
lit.	littera
n. F.	neuer Fassung
Nr.	Nummer
Rn.	Randnummer
S.	Satz oder Seite
sog.	sogenannt(e/er/es)
u. a.	unter anderem
Urt.	Urteil
v.	von oder vom

## *Abkürzungsverzeichnis*

vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel
zit.	zitiert

### *Technische Abkürzungen:*

DNS	Domain Name System
DPI	Deep Packet Inspection
HTTP	Hypertext Transfer Protocol
HTTPS	Hypertext Transfer Protocol Secure
IP	Internetprotokoll
ISO	Internationale-Standardisierungs-Organisation
ISP	Internet Service Provider
OSI	Open Systems Interconnection
P2P	Peer-to-Peer
PC	Personal Computer
PTAS	Popcorn Time Application Source
SPI	Stateful Packet Inspection
SUI	Source of Update Information
URL	Uniform Resource Locator
Urt.	Urteil
VPN	Virtual Private Network
WLAN	Wireless Local Area Network
WWW	World Wide Web

### *Gerichte und andere Institutionen:*

BGH	Bundesgerichtshof
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
Ch	Chancery Division des High Court of Justice (England und Wales)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EU-Kommission	Europäische Kommission
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWCA	Court of Appeal (England und Wales)
EWHC	High Court of Justice (England und Wales)
FCA	Federal Court of Australia
KG	Kammergericht

LG	Landgericht
OGH	Oberster Gerichtshof in Österreich
OLG	Oberlandesgericht
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom

*Fachzeitschriften und Zeitungen und Ähnliches:*

CR	Computer und Recht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
JA	Juristische Ausbildung
JIPITEC	Journal of Intellectual Property, Information Technology and E-Commerce Law
JURA	Juristische Ausbildung
jurisPR-WettbR	juris PraxisReport Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation und Recht
MMR	Multimedia und Recht, Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht
MMR-Beil.	Multimedia und Recht, Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht Beilage
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
UniSASuLawRw	University of South Australia Student Law Review
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

*Abkürzungsverzeichnis*

ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtsprechungsdiens
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

*Gesetze, Entscheidungssammlungen und andere Rechtsquellen:*

BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen vom Bundesverfassungsgericht
CDPA	Copyright, Designs and Patents Act 1988 (Vereinigtes Königreich)
Copyright Act	Copyright Act 1986 (Cth) (Australien)
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DSM-RL	Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG
E-Commerce-RL	Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Enforcement-RL	Berichtigung der Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums
GG	Grundgesetz
GR-Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
InfoSoc-RL	Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft
RefE	Referentenentwurf
SchutzdauerRL	Richtlinie 2006/116/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 12. Dezember 2006 über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte.
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
TMGÄndG	Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes
UrhG	Urheberrechtsgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung